

Medienmitteilung

Thema	Beschluss der KEVU zur VI „Strom für morn“
Für Rückfragen	Barbara Schaffner, Kantonsrätin, Mitglied KEVU, Tel. 079 309 81 99
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail zh@grunliberale.ch www.zh.grunliberale.ch
Datum	7. November 2013

Die kantonsrätliche Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hat ihrem Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative „Strom für morn“ deutlich zugestimmt. Die Grünliberalen sind erfreut über diesen Entscheid und sind zuversichtlich, dass dieser auch im Kantonsrat bestehen wird.

Die kantonale Volksinitiative „Strom für morn“ fordert, dass die Elektrizitätsversorger im Kanton Zürich bis 2035 aus der Beteiligung an atomaren und fossilen Grosskraftwerken aussteigen sollen. Da die Initiative Fragen bezüglich einer Teilungültigkeit aufgeworfen hatte, begann die KEVU mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages.

Die Grünliberalen brachten einen Vorschlag ein, der in vielen Gemeindewerken, die insgesamt rund 50% der Bevölkerung versorgen, schon heute auf freiwilliger Basis und mit Erfolg praktiziert wird. Die Elektrizitätsversorger sollen ihrer Kundschaft grundsätzlich ein Basis-Naturstromprodukt anbieten. Nur diejenigen Kunden, die explizit einen Strommix mit Atom- und Kohlenstrom bestellen, sollen diesen auch erhalten. Die Erfahrung zeigt, dass dies nur ein kleiner Teil der Stromkunden auch verlangt. Ausgerechnet die kantonale EKZ konnte sich als einziger grosser Energieversorger im Kanton bisher noch nicht zu einem Basisangebot aus Naturstrom entschliessen. Bei einem solchen Modell von einer Bevormundung der Stromkonsumenten zu sprechen – wie dies die Gegner des Gegenvorschlages tun – ist genauso haltlos, wie zu behaupten, die Stromkonsumenten seien mit dem heutigen Modell der automatischen Lieferung eines atomar-fossilen Mixes bevormundet.

Mit dem Wechsel des Basisstrommixes wird dem Ziel der Initianten Rechnung getragen und auf einen Ausstieg aus der Stromproduktion aus nicht-erneuerbaren Grosskraftwerken hingearbeitet. Dieses Ziel soll aber mit dem Gegenvorschlag nicht mit einem Verbot von Investitionstätigkeiten in fossile oder nukleare Grosskraftwerke erreicht werden, sondern mit der Förderung des freiwilligen Konsums von erneuerbarem Strom.

Die Grünliberalen hoffen auf einen Rückzug der Volksinitiative zugunsten des Gegenvorschlages. Dieser könnte bei einem Rückzug nach der Zustimmung des Kantonsrates baldmöglichst in Kraft gesetzt werden.

Den Grünliberalen ist bewusst, dass der Gegenvorschlag zu „Strom für morn“ nur ein kleiner Schritt ist auf dem Weg zu einer erneuerbaren Strom- oder gar Energieversorgung. Weitere Schritte müssen sowohl auf kantonaler Seite wie auch in Bundesbern folgen, damit die Energiewende gelingt. Im Kanton Zürich arbeiten die Grünliberalen vor allem dahin, die Effizienz zu steigern und die richtigen Anreize für den Zubau erneuerbarer Energien zu setzen. So besteht im ganzen Gebäudepark im Kanton Zürich beispielsweise bei der Dämmung oder Gebäudeautomation (Beschattung, Lichthaushalt, etc.) noch enormes Potenzial zur Effizienzsteigerung. Zudem bieten sich viele Dächer an, um den weiteren Zubau von Solarstrom voranzutreiben. Mit einer intelligenten Raum- und Verkehrsplanung kann auch der ständige Zuwachs im Verkehrsbereich gebrochen werden. Auf Bundesebene schlagen die Grünliberalen mit ihrer Volksinitiative Energie- statt Mehrwertsteuer endlich eine griffige Lenkung zu Gunsten erneuerbarer Energien vor. Mit diesem Bündel an Massnahmen, inkl. einer Ökologisierung des Steuersystems, ist die Energiewende machbar.